

Dort werden viele andere Erscheinungen wie Korruption, Ämterpatronage, Unterschlagungen, Ultraindividualismus, Anarchismus, Bürokratismus genannt, die alle daran arbeiteten, das „sozialistische Werk zu untergraben“. An dieser Stelle werden die Religionen aber nicht erwähnt. Dies macht wohl deutlich, daß die Fragen der Religionspolitik gegenwärtig nicht im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Die Ereignisse der letzten Monate bezeichnen einmal die bleibende Widersprüchlichkeit der chinesischen Religionspolitik, die auch Lei Zhenchang in seinem Artikel über die Religionsfreiheit anspricht, wenn er feststellt: „In China, einem sozialistischen Land, wird die Politik der Religionsfreiheit

durchgeführt, und die kommunistische Partei propagiert den Atheismus. Wie läßt sich das miteinander vereinbaren?“ Dies ist aber nur eine Seite der Problematik. Speziell für die katholische Kirche gilt der *fortdauernde Konflikt zwischen der vom Staat „anerkannten Kirche“ und den romtreuen Katholiken*, der sich verschärft hat. Die patriotische Vereinigung hat die Leitung der offiziell wiedereröffneten Kirchen; sie ist dabei, ein Priesterseminar einzurichten und für den theologischen Nachwuchs zu sorgen. Dabei stört sie die bleibende Ablehnung von vielen Katholiken, und sie reagiert allergisch auf Schritte seitens römischer Stellen, durch die sie ihre schwache Autorität weiter untergraben fühlt.

Auf der anderen Seite gibt es Anzeichen für die Entstehung einer *dritten Gruppe* Katholiken, die in ihrem Herzen romtreu sind, andererseits aber nicht auf gottesdienstliche Betreuung verzichten wollen und daher an den Gottesdiensten der patriotischen Vereinigung teilnehmen. Es bleibt festzuhalten, daß die katholische Kirche in China weiter unter starken äußeren und inneren Spannungen zu leiden hat. Es ist schwer vorstellbar, wie eine Lösung möglich sein kann, wenn nicht alle beteiligten Gruppen, sowohl die romtreuen Katholiken und die patriotische Vereinigung als auch vatikanische Stellen und Partei und chinesischer Staat, in irgendeiner Form aufeinander zu gehen. G. E.

Entwicklungen

Polen: Verständigung gescheitert

Die Kirche denkt an die Zeit nach dem Kriegsrecht

Durch die Machtübernahme der Militärs in Polen in der Nacht zum 13. Dezember 1981 sind zwei parallel laufende, zum Bedauern vor allem der Kirche höchst selten einander berührende Chronologien in jeder Hinsicht gewaltsam verschmolzen worden. Die Linie der Verständigung und die Linie des Konflikts schienen gleichermaßen gekappt, und keiner der im zweiten Monat des Kriegsrechts gemachten Prognosen ist zu entnehmen, wie rasch und ob überhaupt Polens Machthaber auf Elemente der „alten“ Linie der Verständigung zwischen Regierung, Kirche und „Solidarität“ zurückgreifen werden.

Vergebliche Appelle des Primas

Wie lange sich jene beiden Chronologien der Verhandlungen und der Konfrontation hätten fortschreiben lassen, bleibt offen. Vielleicht wäre der von der „Solidarität“ für den 17. Dezember ausgerufene „Tag des nationalen Protestes und der Einheit“ wiederum so verlaufen wie vorangegangene Kraftproben, bei denen keine Seite stark genug war, den Konflikt für sich zu entscheiden. Vielleicht hätte der Sejm die am 21. Dezember beabsichtigte Lesung des Entwurfs für ein Ausnahmegesetz noch einmal verschoben. Vielleicht hätte es eine Art Weihnachtsruhe und einen zweiten Dreiergipfel zwischen Armeege-

neral *Wojciech Jaruzelski*, Primas *Jozef Glemp* und Gewerkschaftsführer *Lech Walesa* gegeben. Bruchstücke der Wirtschaftsreform wären am 1. Januar in Kraft getreten, von der Gewerkschaft halb kritisiert, halb akzeptiert. Vielleicht hätte „Solidarität“ das auf den 15. Februar befristete Ultimatum verlängert, der Regierung Jaruzelski per Referendum die Vertrauensfrage zu stellen.

Aber vermutlich war die Konfrontation unausbleiblich. Hätte sie sich anders vollziehen können als geschehen? Trotz aller Andeutungen und Vermutungen fehlt hierzu eine plausible Antwort. Sicher ist: ohne die Sowjets – wie auch immer Ursache und Wirkung beschrieben werden mögen – hätte es keinen 13. Dezember gegeben. Aber noch im Sommer vergangenen Jahres (vgl. HK, September 1981, 439–441) deutete keineswegs alles auf die große Konfrontation hin. Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des „Solidarität“-Kongresses im September brachten auch Momente der Zuversicht. Auch das am 4. November zustande gekommene *Spitzengespräch zwischen Regierungschef, Primas und Gewerkschaftsführer* hatte neue Hoffnungen, geweckt.

Am 26. August, knapp zwei Monate nach seiner Ernennung zum Erzbischof von Gnesen und Warschau, hatte Polens neuer Primas, *Jozef Glemp*, anknüpfend an sein erstes Gespräch mit dem damaligen Parteichef Kania am

12. August, zu 30 Tagen „sozialen Friedens und Arbeit ohne Spannungen“ aufgerufen. Es gebe heute, so Glemp damals in Tschenschow, keinen vernünftigen Polen, der nicht wisse, daß *der Ausweg aus der Krise in der Arbeit liege*. Das Problem liege in der Organisation der Arbeit, daß nämlich der Arbeiter Sinn und Ergebnis seiner Arbeit sehe; dann werde er auch zur Hinnahme von Preiserhöhungen und zu Opfern für das Vaterland bereit sein. Glemp beklagte, in der innenpolitischen Auseinandersetzung Polens erkläre sich jede Seite für unschuldig und verweise auf die Schuld und die Sünden der anderen. Auf die Argumentation von Regierung und Partei anspielend meinte er, man brauche nur fernzusehen oder Radio zu hören, „um sich davon zu überzeugen, wie tugendhaft und heilig die eine Seite die Ungerechtigkeit und den Übermut der anderen tadelt“. Auch die „Solidarität“, „die nicht vollen Zugang zu den gleichen Medien hat“, wurde vom Primas maßvoll kritisiert: Sie spezialisieren sich „auf Karikaturen und manchmal auf beleidigende Worte“ oder greife aus einem Instinkt der Selbstverteidigung heraus „auf Mittel zurück, die als äußerste Mittel bezeichnet werden“.

Glemps Appell wurde damals von der gemischten Staat-Kirche-Kommission unterstützt. Das aus Vertretern der Regierung und des Episkopats zusammengesetzte Gremium gab seinerseits zu verstehen, sozialer Frieden, ordentliche Wirtschaftsführung und redliche Arbeit könnten die Krise überwinden.

Die Kirche, Solidarność und die Sowjets

Der *Landesdelegiertenkongreß der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“*, der in zwei Teilen vom 6. bis zum 11. September und vom 26. September bis zum 3. Oktober in Danzig (Gdańsk) tagte, war sehr katholisch geprägt – von einem kirchlich bestimmten Kongreß kann man indes nicht sprechen. Die rund 900 gewählten Vertreter der Arbeiter tagten unter einem silbernen Kreuz und unter dem polnischen Adler und sangen am Ende neben der Nationalhymne das patriotische Kirchenlied „Gott schütze Polen“. Der Primas selbst hielt ihnen in der Kathedrale zu Oliwa einen feierlichen Eröffnungsgottesdienst. Er erinnerte jedoch gerade dort an seinen Appell zu einem „Monat des Friedens, der Arbeit und der Ruhe“ und mahnte die Arbeiter, in ihren Diskussionen über den Weg aus der Krise das Wohl des Vaterlandes, das auch Opfer fordere, nicht zu vergessen.

Glemp, dem Walesa für seine Vermittlungsbemühungen, aber auch für seine grundsätzliche Sympathie gegenüber der Gewerkschaft dankte, ließ wenig später eine dem gar nicht widersprechende Zurückhaltung deutlich werden: In einem Interview mit dem Pariser „Figaro“ erläuterte er am 15. September, Kirche und „Solidarność“ verstünden sich, die Kirche wolle niemandes Instrument sein, wohl aber wolle sie der „Solidarność“ helfen, wenn dies nötig und angebracht sei. „Die katholische Kirche in Polen“,

präzisierte der Primas, „will politisch neutral sein und wird sich in keinem Fall zu einem Instrument in den Händen des Staates oder der Gewerkschaft ‚Solidarność‘ machen lassen.“

Der erste Teil des Kongresses war in der Hauptsache eine *Statutendebatte*, verbunden mit einer kurzen programmatischen Erklärung; das eigentliche Programm wurde erst im zweiten Teil beschlossen, als die Delegierten auch die Gewerkschaftsspitze neu wählten. Viele Beobachter registrierten damals eine „überschäumende Diskussionswut“ und eine oft ermüdende Weitschweifigkeit; manches erinnerte an die Beratungen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Sommer, als die lang entbehrte Genugtuung, alles Kritische aussprechen zu können, weit stärker war als das Bestreben, in zügiger Diskussion Lösungsmöglichkeiten für die wirtschaftliche Krise zu erarbeiten. Immerhin gelang es den Delegierten, *Einigung über die künftige Struktur* ihrer Gewerkschaft zu erzielen: Neben einem Präsidium sollte es fortan eine *Landeskommission* geben, um zentrale und regionale Zuständigkeiten zu verknüpfen. Nach dem langwierigen Streit um das Informationsmonopol der Partei ließ die Gewerkschaftsführung Polens Fernsehen und Radio überhaupt nicht zu, stieß mit diesem eigenen Zensuranspruch allerdings auch im Westen auf Mißfallen. Aufsehen erregte eine in Danzig verabschiedete Botschaft an die Arbeiter Osteuropas; bereits eine Verlautbarung der „Solidarność“, auch für im Ausland tätige Polen zu sprechen, hatte in Moskau und Ost-Berlin beunruhigt. Versuche einer größeren Zahl von Delegierten (die Walesas Organisationskonzept mit einem Stimmenverhältnis von 600 gegen 300 unterstützten), in den Statuten auf einen Zusatz, der das Bekenntnis zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei ausdrücklich festhielt, zu verzichten, waren erst durch einen dramatischen Appell Walesas abgelenkt worden.

In der zum Abschluß des ersten Kongreßteils verabschiedeten *programmatischen Erklärung* wurde die Schaffung „menschwürdiger Verhältnisse in einem politisch und wirtschaftlich souveränen Polen“ verlangt, und zwar auf dem Wege „demokratischer und rechtsstaatlicher Selbstverwaltung“. Eine solchermaßen „sich selbst verwaltende Gesellschaft“, so das Konzept der „Solidarność“, müsse mit Hilfe der in jeder Weise zu begünstigenden Bauern die *Versorgungsfrage* lösen, auf den Prinzipien der Selbstverwaltung der Arbeitnehmer gründend die Wirtschaft reformieren, die Partei-„Nomenklatura“ beseitigen, Schulwesen und Kulturleben neu ordnen, politische Häftlinge freilassen, die Massenmedien öffentlich kontrollieren und schließlich „freie Wahlen“ zum Sejm und zu den kommunalen Vertretungen durchführen.

Nach Bekanntwerden dieser Forderungen war eine *deutliche Verschärfung in den Kommentaren aus der UdSSR* zu spüren. Mit der Moskauer Droh- und Protestnote vom 17. September, welche der polnischen Führung vorwarf, nichts gegen „hemmungslose“ Kampagnen des Antisowjetismus zu unternehmen und damit „in direktem Widerspruch zu den Bündnisverpflichtungen“ zu stehen, erreichten diese Reaktionen einen vorläufigen Höhepunkt.

Wie ernst es den Sowjets war (und weiterhin ist) und welche weit über Polen hinausreichenden Gefahren die Spannungen in sich bargen, wurde am Jahresende sichtbar, als General a. D. *Leon Dubicki* – zwar seit Sommer 1981 als Emigrant im Westen, bis dahin aber noch in Warschau als Berater Jaruzelskis im Verteidigungsministerium tätig – im „Spiegel“ (28. 12. 81) die Interessenlage der Sowjets auffächerte. Seit dem Frühherbst 1980, so eine Einschätzung, habe man das „Schreckgespenst“ einer Sowjet-Invasion benutzt, gleichsam, als „Schutzschild gegen die Weiterentwicklung der ‚Solidarität‘, um Angst zu schüren“. Gleichzeitig sei damit begonnen worden, konkretere Pläne über den Einsatz von sowjetischen und polnischen Truppen auszuarbeiten. „Die Hauptrolle bei der Abrechnung mit der ‚Solidarität‘“ habe nach diesen Plänen laut Dubicki die polnische Armee spielen sollen. Das, was im Dezember 1981 passierte, sei der engeren militärischen Führung in Warschau bereits im Februar bekannt gewesen. Er, Dubicki, habe führende „Solidarność“-Vertreter immer wieder vor den sie bedrohenden Gefahren zu warnen gesucht, aber diese hätten „das ganze Problem bagatellisiert“. Vom Mai bis zum August 1981 hätten die Sowjets die militärischen Grundlagen eines Planes geprüft, der als eine Möglichkeit debattiert wurde, nämlich, sich für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung in Europa eine Option zu schaffen. Dies sei, versicherte Dubicki, überhaupt der Schlüssel für die folgenden Ereignisse gewesen, denn während der Manöver sei eine Frage unbeantwortet geblieben: „die militärisch-politisch-gesellschaftliche Sicherung des Korridors, der die Sowjetunion mit einer eventuellen Front verbindet“. „Die Ordnung in diesem Korridor“, so Dubicki, sei „mit den Maßnahmen des 13. Dezember wieder hergestellt worden“. Vor diesem Hintergrund sei die Sache mit der „Solidarität“ ein „drittrangiges Problem“.

Erste Warnungen vor Blutvergießen

In der offiziellen Diskussion Osteuropas wurde im Frühherbst freilich anders argumentiert. In der DDR mangelte es nicht an offiziellen Empfehlungen, weniger zu debattieren und zu streiken, dafür mehr zu arbeiten, Ratschläge übrigens, die in der DDR von großen Teilen der Bevölkerung durchaus geteilt wurden und auch bei Christen auf Resonanz stießen.

Mit einem am 20. September in allen Kirchen verlesenen Hirtenbrief stellte sich die Polnische Bischofskonferenz hinter das Verlangen nach freiem Zugang aller Gesellschaftsgruppen zu den Massenmedien; die geforderte Freiheit schließe eine weitgehende Kontrolle nicht aus, doch müssten Rechte und Grenzen solcher Kontrollorgane gesetzlich festgelegt sein.

Primas Glemp, der am 17. September in Gnesen und am 24. September in Warschau feierlich inthronisiert wurde, begann in dieser Zeit, das *Konzept einer Nationalen Front* zu entwickeln, die freilich etwas anderes als frühere Gremien gleichen Namens sein sollte. Er suchte das Gespräch

auch zu den Branchengewerkschaften (den Nachfolge-Einrichtungen der „alten“ Gewerkschaft). Sehr viel näher stand die Kirche aber ohne Zweifel der „Solidarität“, der die Polnische Bischofskonferenz am 16. September – gerade nach der Veröffentlichung der Enzyklika „*Laborem exercens*“ Papst Johannes Pauls II. – empfahl, die Worte dieses Schreibens auf Polen anzuwenden, im engeren Sinne aber „keine Politik zu machen“. Glemp seinerseits erneuerte am 24. September – unmittelbar vor Beginn des zweiten Teils des Gewerkschaftskongresses – seinen Aufruf zu Mäßigung, Dialog und Vernunft und fügte hinzu: „Unser Land braucht um jeden Preis Frieden, Liebe und Opferbereitschaft, aber ohne Blutvergießen“ auf den Straßen Warschaus sei genug Blut vergossen worden. Diese *Warnung vor gewalttätigen Auseinandersetzungen*, an die auch der Papst anknüpfte, hatten wenige Tage zuvor auch Intellektuelle an die Bevölkerung gerichtet.

Vor dem Hintergrund dieser im Kern von Sympathie getragenen Mahnungen, aber auch überschattet von nicht nachlassender sowjetischer Polemik (deren verstecktes Ziel wohl auch in einer systematischen Steigerung der Desorganisation bestand) und konfrontiert mit einer Art Doppelstrategie der politischen Führung in Warschau – die teils die Moskauer Vorwürfe gegen die „Solidarität“ aufgriff, teils mit deren gemäßigten Kräften weiter verhandelte (wohl nicht, ohne dabei auf Tendenzen der inneren Spaltung der tatsächlich wenig homogenen Gewerkschaft zu spekulieren), begann am 26. September – wiederum in Danzig – der zweite und entscheidende Teil der „Solidarność“-Landesdelegiertenkonferenz. Am Tag zuvor hatte der Sejm ohne Gegenstimme das *Gesetz über die Ausweitung der Arbeiterselbstverwaltung* beschlossen. Es war ein Kompromiß, aber einer, der in weiten Teilen den Wünschen der „Solidarität“ entgegenkam; lediglich in strategisch wichtigen Betrieben sollten die Betriebsdirektoren vom Staat berufen werden, aber nicht gegen den Willen der Betriebsräte. Die Berufung durch die Regierung sollte also die Ausnahme, die Wahl durch die Arbeiterräte die Regel werden.

General Jaruzelski, damals nur Regierungschef und Verteidigungsminister, hatte die Sitzung des Parlaments zu einigen prinzipiellen Bemerkungen benutzt: „Unser Volk kann, wenn es will, alles bewältigen“, und jeder, der nicht gegen den Sozialismus sei, könne „mit uns neue Formen einer konstruktiven Zusammenarbeit anstreben“. Partei und Regierung könne man nicht vorwerfen, „daß sie Mangel an Mäßigung, Zurückhaltung und gutem Willen aufwiesen“. Zugleich klagte Jaruzelski, jedes Programm der Staatsmacht, fast jede Initiative und Maßnahme würden von gewissen Kräften „unfreundlich, widerwillig, von vornherein mit einem ‚Nein‘ zur Kenntnis genommen“.

Verschärfung in Danzig

Die zweite Phase des Delegiertenkongresses, der ursprünglich nur bis zum 3. Oktober dauern sollte, dann je-

doch bis zum 7. Oktober verlängert wurde, begann mit einer Zustimmung zum Sejm-Kompromiß, dies aber erst nach hartem Drängen Walesas; immer wieder gab es in jenen Tagen herbe *Kritik nicht nur am Führungsstil des Vorsitzenden* und am „Personenkult“ um Walesa, sondern auch an Walesas Verständigungskurs und an den die Linie Walesas stets neu formulierenden katholisch-intellektuellen Beratern.

Gerade dieser zweite Kongreßteil war von starken Gegensätzen geprägt. Das „*Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung*“ (KOR), im Streikjahr 1976 gegründet, gab in Danzig seine Auflösung bekannt, weil diese Aufgaben fortan die „Solidarität“ wahrnehmen könne. Bestehen hingegen blieb die stark nationalistische „*Konföderation unabhängiges Polen*“ (KPN). *Jacek Kuron* und *Adam Michnik*, in KOR-Zeiten eher radikalen Reformplänen zugehört, erwiesen sich auf dem Kongreß jedoch keineswegs als Scharfmacher, sondern erinnerten die Delegierten an die realen Möglichkeiten. Während KOR aber praktisch Teil der Gewerkschaft geworden war (was ja auch als Begründung diente, nun auf die eigene Organisation zu verzichten), hatte die KPN begonnen, von außen Einfluß auf die „Solidarität“ zu nehmen und dabei nicht nur vereinzelte Unterstützung gefunden.

Der zweite Teil des Gewerkschaftskongresses markierte zudem (so schwer es ist, solche Entwicklungen auf den Tag genau einzugrenzen) eine weitere Wende in der kurzen Geschichte der „Solidarność“: Aus der in vielem noch unbestimmten Streikbewegung war eine Gewerkschaft in mehr oder minder klassischem Sinne geworden, die nun aber begann, wieder zu einer Bewegung politischer Prägung zu werden. Der Übergang von der „reformistischen“ Kooperation zum offenen, den Sturz der Machthaber als Ziel sehenden Widerstand wurde fließend. Walesa suchte durch diese Entwicklungen hindurch Kontinuität und Einigkeit zu wahren, mußte aber eine fortschreitende Schwächung seiner Position erleben.

Der ARD-Korrespondent, *Ludwig Zimmerer*, gebrauchte damals das Bild: Wenn der rechte Flügel der CSU mit linken Sozialdemokraten zusammenarbeiten müsse, dürfe keine einheitliche Politik erwartet werden. Die Kritik vieler Arbeitervertreter an der für sie zu großen *Kompromißbereitschaft Walesas* kam aber nicht allein aus der Richtung der KPN (die steigenden Zulauf registrierte), sondern auch von Gruppierungen mit anarcho-syndikalistischen Zügen. Angesichts der stärker werdenden Gegensätze, die stets auch durchzogen waren von Auseinandersetzungen zwischen regionaler Autonomie und zentraler Macht bedurfte Walesas katholisch-zentristisches Konzept ständiger Rechtfertigung und vor allem mehrheitlicher Absicherung. Die Wahlen zur 69köpfigen Landeskommission brachten einen Sieg radikaler Kandidaten. Gerade zum Winter hin schien Walesa in den Augen vieler Beobachter immer häufiger die Taktik zu verfolgen, sich bei allzu heftigem Widerstand an die Spitze der Gegenbewegung zu setzen, um die Organisation in den Griff zu bekommen, dann aber wieder den Kurs zu mäßigen. Im Dezember hatte Walesa angeblich nur noch

ein Drittel der Mitglieder der Landeskommission hinter sich. Sicher rechnen konnte er auch nach dem Gewerkschaftskongreß noch mit der Kirche, soweit es um die Sicherung des nationalen und sozialen Friedens ging. Der Oktober war insgesamt noch ein Monat der Gespräche, der behutsamen und der deutlicheren Signale der Verständigung, aber auch des neuerlichen Wechsels an der Parteit Spitze und einer Reihe regionaler, oft unkoordinierter Arbeitsniederlegungen. In den Westen gereiste „Solidarność“-Vertreter konterten damals Vorwürfe wegen der von „Solidarność“ verursachten Streiks mit der Schätzung, durch Streiktage habe es 1981 in Polen weniger Produktionsausfall gegeben als durch Ersatzteilmangel. Die Ablösung *Stanislaw Kania*s und die Wahl *Jaruzelski*s nun auch zum Parteichef am 19. Oktober wurde indessen weithin als noch „letztes Aufgebot“ interpretiert, innerhalb der bestehenden Strukturen einmal einen Weg aus der Krise zu suchen. Primas *Glomp*, der sich vom 16. bis zum 21. Oktober in Rom aufgehalten hatte (nachdem Polens Außenminister *Czyrek* am 13. Oktober vom Papst empfangen worden war und dabei *Jaruzelski*s Konzept eines Dreiergipfels erläutert hatte), begab sich gleich nach seiner Rückkehr nach Warschau zu einem Gespräch mit *Jaruzelski*. Um die „ständig anwachsenden Schwierigkeiten zu überwinden“, so verlautbarten beide anschließend, sei es unerlässlich, „eine breite *Plattform nationaler Zusammenarbeit*“ zu bilden, die alle Kräfte des Landes vereine. *Glomp*, der darüber am 21. Oktober auch mit Walesa konferierte, hatte in Rom erklärt, er blicke „mit vorsichtigem Optimismus“ auf die weitere Entwicklung der Kirche-Staat-Beziehungen: Wenn auch nicht jede Sitzung der gemischten Kommission greifbare Ergebnisse zeige, „so macht man dennoch Fortschritte“.

Das *allgemeine Klima* war so schlecht noch nicht, als am 4. November *Jaruzelski* *Glomp* und Walesa zu einem *Spitzengespräch* einlud. Weihbischof *Bronislaw Dabrowski*, der Sekretär der Polnischen Bischofskonferenz, gab eine allgemeine Ansicht wieder, als er von einem „epochalen Ereignis“ sprach. Während der knapp zweieinhalbstündigen Besprechung im Gästehaus der Regierung prüften die drei Repräsentanten von Staat, Kirche und Gewerkschaft laut *Kommuniqué* die Möglichkeiten, eine „Front der nationalen Verständigung“ zu schaffen. Eine solche Nationale Front könne ständige Grundlage des Gesprächs und der Beratung mit allen politischen und sozialen Kräften sein, und zwar auf der Grundlage der Prinzipien der Verfassung Polens. Die Unterredung habe den Weg für weitere Konsultationen dieser Art vorbereitet.

Letzte, vergebliche Vermittlungsbemühungen

Was dann aber zwischen dem 4. November und dem 13. Dezember geschah, liegt weitgehend im Dunkeln. Pessimistische Spekulationen gehen dahin, die *Politik des Dreiergipfels* habe nur Zeitgewinn erzielen wollen, der DDR-Staatssicherheitsdienst habe bei der Vorbereitung

der Internierungen mit Personal, Stacheldraht, Polizeihunden und Waffen geholfen (so z. B. nach einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 31. 12. 81). In die gleiche Richtung gingen westliche Einschätzungen, in jenen Tagen sei der Druck der Sowjets auf Jaruzelski immer lastender geworden. Dazu passen Vermutungen, im Rahmen einer nicht völlig abwegigen Strategie, innerpolnische Tendenzen der Desintegration wo immer möglich zu fördern, habe die UdSSR Ersatzteil- und Rohstofflieferungen nach Polen gezielt zurückgehalten. Als offensichtlich zutreffend stellt sich im Rückblick heraus, daß die am 26. Oktober in die Provinz zur Aufdeckung von Mißständen entsandten militärischen Operationsgruppen auch den Auftrag hatten, sich für den Ernstfall mit den Örtlichkeiten vertraut zu machen. Als Partei-Organen sich über die Arbeit der Militärtruppe beschwerten, wurden in einem zweiten Durchgang die Beschwerdeführer in der Partei kontrolliert. Manchen Beobachtern schien es, als würden Walesa und seine Anhänger in der „Solidarität“ ein „mildes“ Militärregime tolerieren.

Eine äußerlich *erkennbare Dramatik* war jedoch erst Anfang Dezember zu spüren. Nach dem Dreiergipfel flog Glemp zu einem zweiten, bereits im Oktober vereinbarten Besuch nach Rom und überbrachte dem Papst die förmliche Einladung, im August 1982 anlässlich der 600-Jahr-Feiern in Tschenstochau erneut die Heimat zu besuchen. Johannes Paul II. sagte am 7. November zu. Bald begrüßte auch die Staats-Kirche-Kommission diesen Plan und begann sogar mit den ersten Vorbereitungen. Gewiß hätte ein solcher Besuch und schon seine Vorbereitung die Einheit der Polen in nicht zu unterschätzender Weise stärken und dem Papst direkte Formen der Mäßigung ermöglichen können, aber bis zum geplanten Reiseterrain waren es noch lange Monate. Erzbischof Glemp, der sich bis 14. November in Italien und Frankreich aufhielt, führte in der letzten Novemberwoche neuerliche getrennte Gespräche mit Jaruzelski und Walesa. Hintergrund waren die offenkundig ins Stocken geratenen Verhandlungen um die Einzelheiten der konzipierten „Front der nationalen Verständigung“: „Solidarität“ wollte nicht eine unter mehreren Organisationen sein, sondern ihrer Mitgliederzahl entsprechend vertreten sein und darüber hinaus ein Vetorecht erhalten. Die Polnische Bischofskonferenz präziserte am 27. November, der Primas sei zu jedem weiteren Dienst für das Wohl des Vaterlandes bereit, doch verstünden sich die Bischöfe nicht als politische Kraft, sondern als moralische Autorität. Der Dreiergipfel aber sei ein positiver Schritt in die richtige Richtung.

Glemps Versuche, die ihm vermutlich doch in aller Schärfe vor Augen stehende Konfrontation abzuwenden, führten in der zweiten Dezemberwoche zu mannigfachen Kontakten und Appellen. Am Vorabend des zweiten Adventssonntags empfing der Primas gleich zweimal den Gewerkschaftsführer, dessen Spielraum durch die zuvor in Radom von dem um die Regionalvorsitzenden erweiterten Präsidium gefaßten Beschlüsse erheblich eingeschränkt war. In Radom hatte die „Solidarität“ mit einem 24stündigen Generalstreik gedroht, sollte der Sejm die

Ausnahmegesetze verabschieden. Die *Radomer Beschlüsse*, die zuerst durch auszugsweise, zum Teil aus dem Zusammenhang gerissene und dadurch einen besonders radikalen Eindruck vermittelnde Tonbandaufnahmen im Warschauer Rundfunk bekannt wurden, zeigten aufs neue Walesas schwierige Taktik, im Falle von Kritik an seiner Linie die Einwände der Opponenten aufzunehmen, sich selbst im Sinne der Opponenten zu profilieren, um so die Kontrolle über die gesamte Bewegung zurückzugewinnen, dann aber wieder sehr maßvoll zu agieren. In der gespannten Atmosphäre jener Tage war das ein riskantes Unternehmen. Nach bisher vorliegenden Berichten wurde in Radom noch in Frageform, bei einigen Gewerkschaftern aber bereits in sehr konkretem Sinne darüber gesprochen, eine Art Arbeitermiliz zu bilden, die Regierung in Warschau abzulösen und eine Art Übergangsregierung zu bilden. Diese schwer kontrollierbaren Gerüchte waren später für die Militärregierung Anlaß zu der Behauptung, bei „Solidarität“ habe es Pläne der Selbstbewaffnung gegeben. Bevor am 11. Dezember in Danzig die Landeskommision der „Solidarität“ zusammentrat (wo sie dann zwei Tage später verhaftet wurde), schwächte Walesa Drohungen aus seinem Lager ab: Er habe die Gespräche mit der Regierung gar nicht als sinnlos bezeichnet, sondern nur gemeint, sie seien bisher fruchtlos gewesen. Ein Generalstreik sei unklug, und man sei nach wie vor an einer Übereinkunft mit der Regierung interessiert, es gelte, das Konzept der nationalen Verständigung fortzusetzen. Offenkundig waren die direkten Auswirkungen der Gespräche mit Glemp.

Der Primas selbst suchte nochmals mit allen Kräften nach *letzten Möglichkeiten des Ausgleichs*. In einer beispiellosen Form wandte er sich am 8. Dezember an die Abgeordneten des Sejm – so direkt hatte die Kirche bisher nicht in die Politik eingegriffen. Glemp zählte mehrere Gründe auf, die dafür sprächen, das Gesetz über Ausnahmeverordnungen für die Regierung abzulehnen. In einem Moment, in dem die Gewerkschaft selbst gegen „wilde Streiks“ ankämpfe, würde ein solches Gesetzesvorhaben das Risiko einer „sozialen Explosion“ in sich bergen und den Streik gleichsam unvermeidlich machen. Daraufhin wurde die Abstimmung im Sejm auf einen unbekannteren Termin verschoben. Im gleichen Sinne schrieb der Primas an Walesa und Jaruzelski. Glemps letzte Vermittlungs- und Mäßigungsbemühungen zogen sich bis zu dem Wochenende hin, an dem die „Solidarität“-Landeskommision zusammentrat.

„Mit bewunderungswürdiger Energie“, so urteilte *Peter Bender* in der „Zeit“ vom 11. Dezember, versuche die Kirche, immer noch die „Front der nationalen Verständigung“ zustande zu bringen. In seinem mit „Die Armee als letzte Chance?“ überschriebenen Artikel maß Bender den Versuchen Glemps noch geringfügige Erfolgsaussichten zu; die zweite Möglichkeit sei der Bürgerkrieg, die dritte eine Militärdiktatur. Neben gebremster Sympathie für diesen Weg hatte Bender selbst einen „Berg von Zweifeln“: „Bringt ein Militärputsch nicht, was er verhindern soll: die Konfrontation?“

Der „kriegerische Zustand“

Was Jaruzelski dann am Morgen des dritten Advents verkündete, war nach den Bestimmungen von Art. 33 Abs. 2 der Verfassung der Volksrepublik Polen in wörtlicher Übersetzung der „*kriegerische Zustand*“, also nicht der „Kriegszustand“. Die Einsetzung des Militärrates zur nationalen Errettung, der nach Jaruzelskis Zusage die verfassungsmäßigen Organe nicht ersetze, war nicht verfassungskonform (da nach der Verfassung nur ein Komitee für Landesverteidigung vorgesehen ist); auch die verfügten und bis Mitte Januar nur ausgesprochen zaghaft gelockerten Grundrechtseinschränkungen entbehrten einer gesetzlichen Grundlage. Eine auch nur vorläufige Bilanz der seit ihrer Machtübernahme verstrichenen Wochen ist noch nicht möglich.

Fest steht, daß bei *Internierungen, Streik- und Protestniederschlagungen* so viel Gewalt, vereinzelt auch Brutalität angewandt wurde (nicht von der Armee direkt, sondern von der Miliz und Sondereinheiten der Staatssicherheit, die aber ohne die regulären Truppen im Hintergrund kaum so massiv hätten vorgehen können), daß die am Morgen des 13. Dezember für manche noch plausibel erscheinenden Motive Jaruzelskis in der Zwischenzeit arg diskreditiert wurden.

Nach offiziellen Angaben aus Warschau waren unmittelbar nach dem 13. Dezember 5906 Menschen interniert worden; bis zum 8. Januar seien 839 wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Zu gleicher Zeit aber mehrten sich Berichte, nach denen den Freilassungen immer noch neue Festnahmen gegenüberstehen.

Einen Monat nach Verhängung des „kriegerischen Zustandes“ sprachen die Militärbehörden von 9 Todesopfern. Zwar gab es vor Weihnachten nicht den (möglicherweise auch einkalkulierten) großen Flächenbrand der Auflehnung gegen das Militärregime, und nach den Feiertagen schienen sich auch herausragende Protestaktionen zu verringern, aber daraus auf wirkliche Normalisierung zu schließen, wäre selbst aus dem Blickwinkel der Militärs viel zu optimistisch. Es drangen nicht unglaubliche Berichte in den Westen, nach denen mancherorts in Polen mit einer Moral wie zu Zeiten der deutschen Okkupation gearbeitet werde. Es läßt sich schwer sagen, ob die Reaktion in der Bevölkerung nicht gar so düster ausgefallen wäre, hätten viele die zehn Tage vor Weihnachten nicht als eine „Stunde der Abrechnung“ mit Gegnern jeder Art empfunden. Jedenfalls wurde in jenen Tagen viel an historischer Reputation der Armee zerstört.

Ein *Neubeginn*, auch wenn er weit hinter dem gesellschaftlichen Standard der Jahre 1980/81 zurückbleiben und sich eher an einen Bezugspunkt der Gierak-Ära orientieren sollte, ist jetzt erheblich erschwert. Ihr politisches und wirtschaftliches Konzept haben die Militärs erst sehr schwach konturiert. Die Durchführung von wirtschaftlichen Teilreformen, die Abwertung des Zloty, die Preis-Freigabe für Industriegüter und die Verkündigung der Arbeitspflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren (alles zum 1. Januar) hätten selbst unter günstigeren in-

nenpolitischen Bedingungen keine schnellen Erfolge bringen können. Im Westen gibt es schon Stimmen, die alle Hoffnung auf einen „polnischen Sonderweg“ des Sozialismus aufgegeben haben und in der vollständigen Unterwerfung das klar vorgezeichnete Ziel Moskaus sahen. Andere warnen – auch nicht unbegründet – vor zu harten Reaktionen des Westens.

Unumstritten sind einstweilen lediglich die *kirchlich-humanitären Hilfslieferungen* für die Bevölkerung Polens, ohne die der Winter noch bitterer wäre. Die Kirche verlangt zu Recht kontinuierliche Gesten der Normalisierung. Aber um innenpolitische Beruhigung zu erreichen, müßten die Militärs die Massen der Internierten freilassen. Das aber erscheint den militärischen Machthabern zu riskant, weil man dann neue Unruhen befürchtet. So durchsichtig Jaruzelskis Hinweis war, die Militärregierung habe nichts dagegen, wenn westliche Länder oppositionelle Emigranten aufnahmen, aus der Sicht des Militärs ist eine solche Argumentation durchaus plausibel.

Überlegungen für die Zeit danach

In ihren Bekundungen der Sorge und der Mahnung, in ihren Bitten und in ihren Appellen sind der Primas und die Bischöfe zwischen dem 13. Dezember und dem 10. Januar ein gut Stück *schärfer* geworden. Zu gering waren die erkennbaren Verbesserungen, zu schmerzhaft immer wieder neue Bedrückung. Erzbischof Glemp, der eine Begegnung mit dem Armeegeneral vier Wochen lang an die Bedingung geknüpft hatte, auch der unter Hausarrest gehaltene Gewerkschaftsführer Walesa müsse dabei sein, traf sich am 9. Januar mit Jaruzelski. Das amtliche Kommuniqué verzeichnete jedoch lediglich einen „Austausch der jeweiligen Standpunkte über die Normalisierung und die gegenwärtige Lage im Land“.

In allen Predigten des Primas seit dem 13. Dezember sind *Überlegungen über die Zeit nach dem Kriegsrecht* zu erkennen. In seiner ersten großen Predigt am Abend des dritten Advent beklagte Glemp „mit Schmerzen“ die *Rückkehr zur Gewalt* und versicherte, die Kirche werde bedingungslos „das Leben verteidigen“, auch wenn sie dabei der Feigheit bezichtigt oder beschuldigt werde, „die radikale Stimmung zu verderben“. Auch in späteren Homilien und Aufrufen bezeichnete es der Primas als wichtigste Aufgabe, „Leben zu retten und ohne Blutvergießen zu erhalten“. Unaufhörlich würden die Vertreter der Kirche um die Freilassung der unschuldig Inhaftierten bitten. Der Papst, der am 13. Dezember seinen Appell bekräftigt hatte, es dürfe kein polnisches Blut mehr vergossen werden, rief drei Tage später ebenfalls dazu auf, den Weg der Erneuerung und des Dialogs wieder aufzunehmen (vgl. ds. Heft, S. 60).

Während seiner am 17. Dezember beendeten Beratungen hatte der Ständige Rat der Polnischen Bischofskonferenz die Verhängung des „kriegerischen Zustands“ als einen „harten Schlag gegen die Erwartungen und Hoffnungen der Gesellschaft“ kritisiert: „Unser Schmerz ist es, daß die

Nation durch die Militärgewalt terrorisiert wird.“ Es gab später Vermutungen, die Militärs hätten die Verbreitung dieser – lediglich über diplomatische Kanäle im Westen bekanntgewordenen – Verlautbarung innerhalb Polens zu unterbinden gesucht und den Primas am Wochenende des vierten Advent zu einem schwächeren Appell gedrängt. Der am 20. Dezember in allen Kirchen verlesene Hirtenbrief wiederholte aber den Protest gegen die Internierungen, bekräftigte das Gefühl der Ohnmacht „gegenüber dem Leid und dem Übel“ und mahnte wiederum, Ruhe zu bewahren.

Noch vor Weihnachten nahm in Warschau ein auch mit Laien (Vorsitz: Professor *Stanislaw Stomma*) besetzter *kirchlicher Beraterstab* seine Arbeit auf, in erster Linie, um den Internierten zu helfen und bei den Behörden Freilassungen zu erwirken. Auf dieses Gremium richten sich dann auch einige Hoffnungen. Es ist der Kirche mittlerweile möglich, „fast alle“ Internierungslager zu besuchen und den Insassen auch Pakete zukommen zu lassen. In Warschau wurde für die Angehörigen von Internierten ein *kirchliches Informationszentrum* eingerichtet. In seiner Weihnachtsbotschaft äußerte Glemp immerhin noch die Hoffnung, das neue Jahr möge nach der gegenwärtigen Krise ein Jahr des Wiederaufbaus werden. Er wisse um das „Klima der gesellschaftlichen Zwistigkeiten und der Zerrissenheit der Nation“, um die Menschen, „denen Unrecht geschehen ist, die ungerechterweise enttäuscht, gedemütigt, ins Gefängnis geworfen und verleumdet“ wurden, doch alle Opfer und Entbehrungen könne man ertragen, wenn der soziale und wirtschaftliche Organismus wieder zu funktionieren beginne.

Glemps Predigt am Dreikönigstag spiegelte diese Entwicklung wider. Er brandmarkte die sich häufenden Forderungen an Arbeiter, Austritts-Erklärungen aus der „Solidarität“ zu unterschreiben, eine Kritik, die der Papst am 10. Januar seinerseits verschärfte. Der Primas, der zuvor selbst ein Internierungslager besucht hatte und seinen Zuhörern von den Eindrücken dort berichtete, betonte, die Kirche scheue bei ihrer vielfältigen Hilfe für die Internierten keine Mühe. Allerdings ergreife eine in den Lagern zu

beobachtende Spaltung der Bevölkerung in Bewacher und Bewachte immer weitere Kreise. Glemp wörtlich: „Viele Menschen fragen sich, wie kann es sein, daß wir immerzu von einer wachsenden Stabilisierung hören, von Ruhe, vom Ende der Streiks. Aber trotzdem wurden die Zwänge in der Gesellschaft nicht abgemildert, sondern verschärft. Diese Beobachtung macht ungeduldig. Das ist verständlich, denn wir warten auf Ruhe und Normalisierung. Was soll man aber tun, wenn die Tatsachen nicht den Erwartungen entsprechen?“

Als die Polnische Bischofskonferenz in der dritten Januarwoche eine erste Zwischenbilanz zog, waren nur wenige, kaum an die Substanz gehende Milderungen des Kriegsrechts zu verzeichnen. Prominente Katholiken wie „Pen-Club“-Sekretär *Wladyslaw Bartoszewski* oder Walesa-Berater *Tadeusz Mazowiecki* waren weiter interniert. Jaruzelskis Antwort an den Papst war nach Ansicht vatikanischer Beobachter wegen des Fehlens substantieller Gesten ebenfalls unbefriedigend. Offenbar hat Johannes Paul II. daraus die Konsequenz gezogen, seine Polen-Appelle zu verschärfen. Für kirchliche Beobachter in der Bundesrepublik (deren Kenntnisse auch Bundeskanzler Schmidt zur Bestimmung seiner Polenpolitik benutzte) markierte Glemps Dreikönigs-Predigt eine gewisse Wende: Die Lagebeurteilung der Deutschen Bischofskonferenz (die zeitgleich allerdings die Polen-Frage mit Frankreichs Episkopat analysierte) wurde zunehmend pessimistischer. Indes bleiben die Militärs auf irgendeine Form von Kontakten mit der Kirche angewiesen. Ausbleibende Signale des guten Willens könnten Ebene und Erwartung solcher Kontakte jedoch immer tiefer schieben. Die neuen Machthaber machten im Januar mehr als einmal deutlich, an ein Wiederaufleben der „Solidarität“ in alter Form sei nicht mehr zu denken. Auch dann (erst recht nach einer möglichen, für Skeptiker vermutlich nur formalen Aufhebung des Kriegsrechts) bleibt Polens Kirche für die Militärs ein Faktor, kräftig genug, helfend und bei Bedarf wieder vermittelnd Kontinuität zu wahren, aber nicht so stark, eine Rückkehr zur alten Politik der Verständigung zu erzwingen.

Martin Höllen

Interview

Sind wir ausländerfeindlich?

Ein Gespräch mit dem Ausländerbeauftragten des Deutschen Caritasverbandes, Konrad Pözl

Die schlechte Beschäftigungslage, die Bildung von Ausländergettos oder gettoähnlicher sozialer Milieus in verschiedenen deutschen Großstädten, die Auseinandersetzung um die Asylantenpolitik und verschiedene Bemühungen, vor allem die Familienzusammenführung restriktiv zu handhaben, haben

die Frage akut werden lassen, ob latent vorhandene Vorurteile gegen Ausländer sich gegenwärtig zu offener Ausländerfeindlichkeit entwickeln. Wir sprachen darüber mit dem Ausländerbeauftragten des Deutschen Caritasverbandes, Konrad Pözl. Die Fragen stellte Cordelia Rambacher.